

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Ist eine Devisendiskontbank erforderlich?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1953) : Ist eine Devisendiskontbank erforderlich?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 33, Iss. 3, pp. 143-146

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/131682>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

unter französischer Führung; für Großbritannien soll diese Allianz es ermöglichen, sich nach wie vor und in Ruhe den Interessen des Commonwealth zu widmen; für die Bundesrepublik Deutschland hat „Europa“ weder Sinn noch Zweck, solange die Russen in Berlin stehen.

Hierzulande ist man natürlich mit der Zielsetzung einer freien, demokratischen Welt einverstanden. Aber, wo möglich, versucht man doch eine gewisse Selbständigkeit wiederzugewinnen. Die Fortsetzung der amerikanischen Hilfe wurde dankend abgelehnt. Auch die Bestrebungen der niederländischen Regierung hinsichtlich der politischen und wirtschaftlichen Integration Europas, wie sie u. a. in Rom zum Ausdruck kamen, sowie ihre Beneluxbestrebungen dürften im Lichte einer „Verselbständigung“ gegenüber den USA. zu betrachten sein. Mit ihrer traditionellen nüchternen Sachlichkeit, die in politics allerdings nicht immer schnell wirkt, sehen sich die Niederländer das politische Spiel und das Tauziehen der Großen an. Auch der niederländische Europaidealismus ist nüchtern und sachlich. Die heutige Verwirrung bedeutet — so glaubt man hier — keine Gefährdung der europäischen Zusammenarbeit als solcher. Es erscheint lediglich schwierig, in Europa zu einer europäischen Allianz zu kommen. Und daran dürften nach hiesiger Ansicht weder die Eisenhower'sche Europapolitik (die ursprünglich keine Eisenhower'sche ist) noch wahrscheinlich unrealisierbare Androhungen etwas zu ändern vermögen. (e-)

Realitäten und Spekulationen

Noch acht Jahre nach dem katastrophalen Ende des Krieges, das Millionen Deutscher ihrer Heimat beraubte, hält der westwärts gerichtete Strom deutscher Flüchtlinge an. Trotz allen Verständnisses für die bedrückte Lage unserer ostzonalen Mitbürger dürfen wir die Augen nicht vor der Gefahr verschließen, die in einer anhaltenden Entvölkerung der deutschen Ostgebiete liegt. Es ist schwer für uns, heute diesen Flüchtlingsstrom aufzuhalten, weil es hart wäre, einem deutschen Mitbürger das Asylrecht zu verweigern. Für die Flüchtlingsbehörden dürfte es nahezu unmöglich sein, zu entscheiden, ob der Entschluß zur Aufgabe der Heimat aus echter, zwingender Notwendigkeit entstanden ist oder die Folge einer etwas leichtfertigen Propaganda vom bequemen Leben im Westen ist.

So wie die Zonenteilung eine interalliierte Angelegenheit war, so ist es eine ausgesprochen interalliierte Aufgabe, darüber zu wachen, daß die Lebensverhältnisse in der Ostzone nicht zu einer Massenflucht der darin ansässigen Menschen führen. Die Aufgabe der Alliierten darf sich nicht darin erschöpfen, für einen schnellen Abtransport der Flüchtlinge aus Westberlin Sorge zu tragen. Wenn auch die Asienpolitik den Alliierten gegenwärtig mehr am Herzen zu liegen scheint, so werden sich die Versäumnisse in Europa einmal schwer rächen, denn das europäische Wirtschaftspotential wird im Ausgleich der Kräfte das entscheidende Übergewicht haben. Es muß für uns Deutsche geradezu grotesk wirken, wenn in Straßburg der einstimmige Beschluß gefaßt wird, daß auch die Ostzone in ein Vereintes Europa einbezogen werden soll, während von alliierter Seite auch nicht das geringste getan wird, die Wiedervereinigung herbeizuführen und man einer solchen Möglichkeit fast mit Furcht entgegenzusehen scheint. Daß die Ostzone zu Europa gehört, ist selbstverständlich und bedarf keines Beschlusses.

Die Eingliederung der Ostzone in Europa und die Schaffung europäischer Lebensverhältnisse in ihr muß zu einer Prestigefrage der Alliierten werden. Wilde Spekulationen, wie sie in der Westpresse beim Tode Stalins auftraten, bringen die Lösung dieser Frage keinen Schritt näher. Die seit Jahrzehnten auftretenden Fehlprognosen über die Rußland- und Sowjetpolitik dürften eher einem Wunschbild unserer sogenannten Rußlandexperten als einer realen Betrachtung der Gegebenheiten erwachsen. Das rasche und konsequente Handeln der sowjetischen Führungsschicht nach dem Tode des Diktators ist ein Zeichen dafür, daß sich kein Kampf um das Fell des Löwen abgespielt hat, sondern daß es sich um eine vorbereitete und eine wohl durchdachte Nachfolge handelt. Schon seit Jahren dürfte in der Sowjetunion mehr das System als der Diktator geherrscht haben. Auch das System hat Persönlichkeiten nötig, wenn es auch nicht mehr unbedingt den Mythos des Genies braucht. Ein typisches Zeichen für diesen Ablauf ist die Konzentrierung der Macht, wie sie sich in der Neubildung des Führungsstabes zeigt, und die klare Teilung der Kompetenzen. Das System hat eine Konsolidierung nötig. Der Befestigung der inneren Macht wird eine Konsolidierung der Außenpolitik folgen. Molotow ist ein Außenpolitiker von Format, der wohl in der Lage sein könnte, eine außenpolitische Konsolidierung ohne Prestigeverlust durchzuführen. Die Außenpolitiker des Westens werden sich damit abfinden müssen, nicht billig etwas aus dem Tode Stalins profitieren zu können. Vielleicht können sie aber, besonders hinsichtlich der Europapolitik, eine Position in dem sowjetischen Bestreben nach Konsolidierung gewinnen. (sk)

Ist eine Devisendiskontbank erforderlich?

Funktionen einer Devisendiskontbank

Nur mit wenigen Ländern wickelt sich der deutsche Handels- und Zahlungsverkehr auf der Basis freier Dollars ab, zum größten Teil beruht unser Außenhandel noch auf dem Prinzip des ausgeglichenen Imports und Exports mit dem ganzen Instrumentarium der Warenlisten und Einzelschriften im Waren- und Zahlungsverkehr. Die-

ses System zwingt, vor allem bei Erreichung der Swing-Grenze, dem deutschen Export ständige Richtungsänderungen auf („Markt-Hüpfen“) und verhindert so eine kontinuierliche Marktpflege, wie es Produktion, Exporthandel und Zahlungs-Institute auch vor ständig neue Verhältnisse stellt. Kein Kontroll-Apparat hat sich als groß ge-

nug und praktisch genug erwiesen, um die schnell veränderten Saldenstände à jour erfassen zu können, so daß verfrühte Zurückhaltungen eigener Lieferungen mit verspäteten Zurückhaltungen wechseln, die der deutschen Exportwirtschaft entweder Auftragsverluste zufügen oder sie zu Kapitalexporten zwingen. Da der Transfer und die Konvertierung von Exporterlösen davon abhängen,

in welchem Umfang für die gleiche Währung wieder Güter eingekauft werden können, wird der Export auf die Höhe des Imports herabgedrückt. Die aufgelaufenen Exportüberschüsse mit bilateralen Partnern stellen heute keine Devisengewinne, sondern Importverpflichtungen dar.

Solange es bilaterale und Tauschabkommen gibt, werden sich die Transfer- und Konvertierungs-Probleme nicht grundsätzlich bessern. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist der Exporteur kurzfristiger Schuldner hochverzinslicher Finanzierungskredite und längerfristiger, zinsloser Gläubiger von Exporterlösen, bis effektive Gegenwerte in freien Dollars oder DM (über Importe) bei der Notenbank eingegangen sind. Zudem erleidet er, wie das Beispiel Brasilien lehrt, bei längerfristigen und überhöhen Außenständen eine Abwertung seiner Erlöse ohne Deckungsmöglichkeit, und das Prinzip der Verbilligung überteuerter Einkäufe in Ländern, mit denen große „Importverpflichtungen“ eingegangen worden sind, durch Verteuerung deutscher Exporte schränkt die Wettbewerbsfähigkeit empfindlich ein.

Wenn die Handels- und Zahlungsverfahren also von deutscher Seite so geändert werden, daß Exporteur und Importeur sich direkt über Waren, Mengen und Werte einigen können, so wird das auch die Situation in den Abnehmerländern psychologisch günstig beeinflussen.

Die Kredit- und Finanzierungssituation des deutschen Außenhandels ist aber auch von der Seite der Verfügbarkeit her nicht befriedigend. Heute stehen zur Finanzierung des Exports zwar verschiedene Kreditfonds und Institutionen zur Verfügung, aber die als zu hoch empfundenen Kreditkosten von 8—11 % können nur für solche Exportgüter in Anspruch genommen werden, die solche Belastung dann auch preislich vertragen. Solange die deutschen Exporteure günstigere Preise und kürzere Liefertermine als konkurrierende Länder anbieten konnten, und solange die Abnehmerländer überdies in einer besseren Zahlungsposition waren, stieg mit dem Auftragseingang

auch die Inanspruchnahme der Kreditfonds, und zwar für ein breites Güter- oder Auftragsortiment. Nunmehr hat sich die Lage für die deutsche Exportwirtschaft wie für die Abnehmerländer in jeder Hinsicht verschlechtert. Die ohnehin beanstandeten deutschen Preise vertragen keine teureren Kredite mehr, dafür steigen die Anforderungen auf Gewährung von Zahlungszielen. Im Verein mit den Transfer- und Konvertierungsrisiken schließen die Finanzierungskosten den deutschen Wettbewerb zunehmend aus, und mit den Auftragseingängen schrumpft die Inanspruchnahme der Kreditfonds. Auch soweit sich der Exporteur gegen Transfer-Risiken versichern kann, tragen die Kosten dieser Versicherung wiederum zur Preiserhöhung und damit zur Verminderung der Wettbewerbsfähigkeit bei.

Zur Überwindung der Zustände, wie sie aus den schnell veränderlichen Saldenständen erwachsen, aus den Transfer-Schwierigkeiten und den daraus folgenden Kreditbelastungen entstehen, aus den schwankenden Währungskursen und aus unsicheren Import-Aufrechnungen hervorgehen, ist daran gedacht worden, Devisen-Wertpapiere zu schaffen, die auch geeignet wären, die Finanzierung von Exporten und Importen zu verbilligen und das Kreditvolumen durch Beschaffung privaten Kapitals zu erweitern. Schließlich könnten Schuldnerländer sich diesem System durch Ausgabe entsprechend gesicherter Wertpapiere anschließen, die diskontfähig sind, ähnlich wie dies die Weltbank betreibt.

Die Schaffung solcher auf Deviseneingänge und Import-Termine bezogenen Wertpapiere setzt die Errichtung eines neuen Bankinstituts deswegen voraus, weil ihm die gesetzliche Ermächtigung zur Ausgabe etwa von Solawechseln sowie zum Ankauf von Devisen (aus Exporterlösen) verliehen werden muß. Weder die Notenbank noch das Zentralbanksystem können Wechsel ausgeben, ohne damit gleichzeitig das Geldvolumen inflationistisch zu vermehren. Ein unabhängiges Bankinstitut ist dazu in der Lage, da es selbst das Risiko trägt und im Katastrophenfalle die

Wirtschaft und nicht die Währung davon betroffen wird. Allerdings wird die Rediskont-Zusage der Notenbank für die betreffenden Wertpapiere (Solawechsel) notwendig sein, jedoch hat sich historisch erwiesen, daß entsprechend gut fundierte und geleitete Emissionen die Notenbank nicht belastet haben. Unter den gegenwärtigen Umständen werden solche „Devisen-Wechsel“ als ideales Anlage-Papier bezeichnet, weil sie dem allgemeinen Wunsch nach „verzinslicher Liquidität“ entgegenkommen und geeignet sind, die kurz- und mittelfristigen Kapitalien bei Kapitalsammelstellen der Wirtschaft zuzuführen.

Die Devisendiskontbank“ dürfte mit relativ geringem Eigenkapital auskommen (schätzungsweise 10—15 Mill. DM), um ein beträchtliches Finanzierungs- Aufkommen über Wechsel zu erschließen, die eine Laufzeit von etwa 6—9 Monaten zum üblichen Diskont von $5\frac{1}{2}\%$ haben sollten, so daß damit der gewöhnliche Export- und Import-Kredit zu niedrigeren Zinssätzen erhältlich würde. Darüber hinaus wäre ein außerordentlich vielseitiges Instrument geschaffen. Dem Exporteur wäre die Möglichkeit zu längerfristigen und vor allem verzinslichen Finanzierungen auf der Basis des Devisenterminhandels gegeben, wobei der Handel mit Valutawechseln das klassische Mittel zur Beeinflussung von Devisenkursen ist. Ferner bestünde die Möglichkeit zur Koppelung von Wechsel-, Waren- und Devisentermingeschäften. Aus der börsenmäßigen Erfassung von Export- und Importgeschäften ergäbe sich eine natürliche Swing-Kontrolle und die Möglichkeit zur Überbrückung dann vorhersehbarer Handelsstockungen, und zwar sowohl bei bilateralen Geschäften wie im Verkehr mit Dollar-Ländern. Wenn ausländische Partnerländer überdies ihren Import-Wechseln neben den staatlichen Garantien auch Sicherungen auf Pfänder (Konzessionen, Unternehmen, Waren oder dgl.) verleihen, so daß der ausländische Gläubiger im Schuldnerland vollstreckbare Wertgarantien erhält, könnten sie ihren Staatswechseln eine internationale Diskontfähigkeit geben. (E. O. G.)

„Ein neues Bankinstitut ist überflüssig“

Eine befriedigende Regelung der Exportfinanzierung ist zweifellos eine für den Außenhandel und die Wirtschaft gleich wichtige Angelegenheit. Angesichts der bei uns herrschenden Kapitalknappheit wird manches Exportgeschäft in Frage gestellt, weil seine Finanzierung mit eigenen Mitteln oder Mitteln des Kapitalmarkts nicht sichergestellt werden kann. Die Errichtung eines neuen Bankinstituts schafft aber keine neuen Kapitalmittel. Das der Exportfinanzierung eingeräumte Kreditvolumen darf nur bis zu dem Umfang ausgeweitet werden, als es die Wirtschaftskraft des Landes ohne inflationistische Auswirkungen absorbieren kann.

In verschiedenen Äußerungen hat die „Bank deutscher Länder“ die Gründung einer besonderen Devisenbank, die Reaktivierung der „Golddiskontbank“ oder der „Deutschen Verrechnungskasse“ sowie den Ankauf von Dollarbonds als „abwegig und indiskutabel“ bezeichnet. Nach ihrer Auffassung ist der gegenwärtige Kreditplafonds für die Exportwirtschaft ausreichend, zumal ein beträchtlicher Teil des privaten Wechselvolumens ebenfalls zur Exportfinanzierung dient und langfristige Aufträge üblicherweise während der Herstellungsstufen beglichen werden, die letzten 3—6 Monate über Tratten. Zusammen mit dem Zentralbanksystem und den Außenhandelsbanken stellt das deutsche Bankwesen bereits eine „Devisendiskontbank“ dar, denn es diskontiert anfallende Deviseneingänge und überwacht zentral den Stand der Salden, des Transfers und der Konvertierung. Wenn hierbei Fehler aufgetreten sind, so liegt das an den noch unzureichenden Kontroll-Maßnahmen, die bereits die abgeschlossenen Exportkontrakte erfassen sollten und nicht erst die Warenbewegung.

Die Gewährung längerfristiger Handelskredite über die bereits vorgesehenen Swing-Grenzen hinaus dürfte sich angesichts der großen Kapitalarmut der deutschen Wirtschaft als untragbar erweisen. Überdies muß man erwarten, daß diese Gelegenheiten in erster Linie

von illiquiden Volkswirtschaften in Anspruch genommen werden. Großbritanniens „Exporteaufstaatskosten“ und mittels langfristiger Kredite an Sterling-Länder haben wesentlich zur Schwächung des Pfundes beigetragen, so daß die Anwendung ähnlicher Methoden für die viel schwächere deutsche Kapital- und Devisenlage sehr gefährlich werden könnte. Somit dürften Exporte ohne Eingang effektiver Gegenwerte innerhalb einer angemessenen Zeitspanne nicht ermuttigt werden.

Schon die Ausgabe der Devisenwechsel ist nur mit Rediskont-Zusage der Notenbank realisierbar, womit diese gezwungen wäre, an-

„Im Irrgarten der Liberalisierung“

Es war kaum anders zu erwarten. Als das Brasiliengeschäft im vergangenen Jahre heißblief, weil sich trotz der Swingvorschriften im Handelsvertrag ein ungewöhnlich hoher Aktivsaldo abzeichnen begann, der eine Vorfinanzierung durch die Notenbank verlangte, die ernstlich unsere Währung beeinträchtigen konnte, tauchte auch schon der Wunsch nach einem neuen Bankinstitut auf, das diese und ähnliche Verkampfungen in unserem Außenhandel so einfach lösen sollte: durch diskontfähige Wertpapiere, die sich auf Devisenvorgänge beziehen.

Wir müssen vor allem darauf hinweisen, daß immer der gleiche Fehler gemacht wird, nämlich die Zusammenhänge allein durch den Schleier des Geldes zu sehen. Das mag oft gelehrt sein, aber es dient nicht der Förderung brauchbarer Erkenntnisse. Es ist sicher auch kein Zufall, wenn einer unserer bedeutendsten Betriebswirtschaftler auf dem Gebiet des Bankwesens, Ernst Walb, schon einmal vor dieser Art der erkenntnistheoretischen Umwege gewarnt und empfohlen hat, weit mehr als bisher die Zusammenhänge gütermäßig zu begreifen. Nur so werden wir auch die Ansatzpunkte für eine vernünftige Regelung unseres Außenhandels finden, in die sich die Aufgabe einer etwaigen Devisendiskont-

plafonds im gleichen Umfang zu beschneiden, wie sie neue Verpflichtungen eingeht. Die Aufbringung zusätzlicher Kreditmittel ist eine Sache des Kapitalmarktes. Wenn aber die privaten Mittel zu längerfristigen Finanzierungen zugunsten illiquider Länder benutzt werden sollen, so erscheint es äußerst unwahrscheinlich, daß „gutes Geld an faule Kunden“ gegeben oder in „schlechtes Geld“ verwandelt werden wird. So werden die Devisen-Wechsel mit großer Wahrscheinlichkeit schleunigst der Notenbank zur Rediskontierung weitergereicht. Damit erscheint die Errichtung neuer Institute überflüssig, und ihre Funktionen müssen als Gefährdung der Währung angesehen werden. (sch)

bank sinnvoll einordnen müßte; denn auch in unserem Außenhandel liegen die Probleme zuletzt nicht auf der Devisenseite, sondern im Warenverkehr einschließlich der Dienstleistungen selbst, wobei die Devisenverrechnung allein das Mittel zum Zweck ist.

Doch das ist es hier nicht allein. Wir glauben auch heute noch viel zu sehr an das uns geläufige Dogma, nach dem es möglich sein kann, allein durch geldpolitische Maßnahmen die wirtschaftlichen Dinge, vor allem auch die des Außenhandels, regeln zu können. Wir bestreiten nicht, daß Maßnahmen dieser Art in der Vergangenheit oft ausgereicht haben, um das Gleichgewicht zu gewährleisten. Wir sind auch der Auffassung, daß man sich mit solchen Eingriffen begnügen sollte, falls sie ausreichen, weil sie die weichste Form einer Beeinflussung sind, die die Freiheit der persönlichen Impulse am wenigsten durch Unfreiheit bindet. Aber wir müssen mit großem Nachdruck darauf hinweisen, daß das, was in der Vergangenheit ausreichte, in der Zukunft nicht mehr genügen wird, zum mindesten nicht, soweit es sich darum handelt, das richtige Gleichgewicht unserer Handelsbilanz zu sichern. Es drängt sich uns immer mehr die Erkenntnis auf, daß wir innerhalb einer nationalen Gesamtplanung dazu übergehen

müssen, unmittelbar in den Warenverkehr einschließlich der Dienstleistungen einzugreifen, um auf die Dauer den notwendigen Ausgleich zwischen Export und Import herbeizuführen. Wir müssen das schon deshalb tun, weil fast alle Staaten der Welt so ihren Außenhandel beeinflussen, ob sie es nach außen zugeben oder nicht. Dieser Realität gegenüber sollten wir uns nicht mehr verschließen. Den Einsichtigen ist schon seit langem klar, daß selbst innerhalb der Europäischen Zahlungsunion die Konten durch Maßnahmen auf der Wareseite unter den Beteiligten ausgeglichen werden, wenn die Salden zu hoch ausschlagen. Nur deshalb konnte diese Union bisher ihre Stellung behaupten.

Es zeigt sich immer mehr, daß wir aus der Zeit des Überflusses in der Vergangenheit zu einer Verknappung der Waren in der Welt langsam, aber sicher überwechseln. Daran ändert auch nichts, daß seit dem Auslaufen des Korea-Booms die ausländischen Märkte zeitweise überreichlich beliefert worden sind. Wenn wir die Dinge aus der größeren Blickrichtung verfolgen, so sollten wir nicht an den ernsthaft-

ten Gedanken vorbeigehen, die gerade in letzter Zeit die Experten auf dem Gebiet der Ernährungslage für die Zukunft äußerten; bei ihnen ist die Auffassung über den Fortgang keineswegs immer optimistisch. Das alles drängt zu einer Planung, im Augenblick leider noch aus dem Aspekt nationaler Ressentiments. Vor allem dürfen wir dabei auch nicht die Auswirkungen vergessen, die sich hinter dem Problem der Industrialisierung abzeichnen: hier wollen sich imperialistische Wünsche verwirklichen, die von der Absicht auf totalitäre Wirtschaftsführung, also auf tiefgreifende Planung, nicht getrennt werden können. Wir werden gegenüber diesen Tendenzen einfach mit den maßvollen Methoden der Vergangenheit nicht mehr auskommen können.

Stellen wir aber innerhalb dieser Problematik die Frage nach dem Sinn einer Devisendiskontbank, so werden wir zugeben müssen, daß durch ihre Gründung die hohen Erwartungen, die man damit verbindet, niemals erreicht werden können. Wir verschieben die Abwicklung der Geldverrechnung technisch nur weitgehend von der Noten-

bank auf eine andere Diskontbank, die aber doch ihre Wechsel bei der Notenbank rediskontieren muß und diese Bank wiederum auch zu Vorfinanzierungen zwingt, wenn ein Aktivsaldo nicht abgedeckt werden kann. Diese und ähnliche Gefahren wird auch die neue Diskontbank niemals beseitigen können. Man begnüge sich nicht mit dem Hinweis darauf, es sei historisch erwiesen, daß die Geschäfte einer solchen Diskontbank die Notenbank nicht belasten. Es liegt immer eine Gefahr darin, sich nur auf das Geschichtliche, also auf das, was hinter uns liegt, zu beziehen; die Zukunft fordert zu oft, daß wir andere, neuartige Wege gehen. Heute leben wir jedenfalls in einer Entwicklung, bei der mit Gewißheit angenommen werden kann, daß eine Devisendiskontbank die Notenbank in erheblichem Umfange beanspruchen wird, wenn der Warenverkehr selbst nicht ausreichend gelenkt wird. Wir können uns daher auch kaum denken, daß die Notenbank großes Interesse an einer solchen Diskontbank haben kann; und auch die Außenhandelsbanken werden kaum mit Freude ein solches Projekt bejahen. (Kö)

Dr. Alfred Jacobs, Bremen

Welche Tendenzen zeigen die Weltmarktpreise?

Trotz wertvoller Einzelbeobachtungen wissen wir über den Verlauf und die Struktur der Weltmarktpreise recht wenig. Als Preise des Weltmarktes sind nur solche anzusehen, die sich im internationalen Handelsverkehr bilden oder für diesen maßgebend sind. Streng genommen können also alle „nationalen“ Preise nicht als Weltmarktpreise gelten. Auch die Preise an den großen Börsenplätzen haben nur bedingt internationalen Charakter, nämlich nur insoweit, als die dort gehandelten Waren wirklich den Weg über die Landesgrenzen antreten. Bis dahin können die Preise aber noch erheblich abgewandelt werden, sei es durch Transportkosten oder durch Vergünstigungen, die bei der Ausfuhr, z. B. durch Steuervergütungen, gewährt werden. In dieser Hinsicht hat sich das Bild in den letzten Jahren sogar mehr und mehr verschleiert. Schließlich sind die Preise an einzelnen Handelsplätzen auch aus währungswirtschaftlichen Gründen gegenwärtig nicht in dem Maße als repräsentativ für den Weltmarkt anzusehen, wie dies vor dem Kriege oder gar vor dem 1. Weltkrieg der Fall war. Mit anderen Worten: Die Märkte haben sich mehr und mehr gespalten. Insbesondere sind die Preise im Dollarbereich vielfach niedriger als die in anderen Währungen notierten Preise, wenn man diese über den fixierten, zum Teil nicht mehr realen

Wechselkurs auf Dollar umrechnet. Wie kann man unter diesen Umständen überhaupt noch den Verlauf der Weltmarktpreise messen? Daß dies andererseits für die Beobachtung der Weltkonjunktur, für die Beurteilung der Entwicklungstendenz im Welthandel wichtig ist, kann keinem Zweifel unterliegen.

Konjunkturelle Schwäche der Rohstoffpreise

Für den Verlauf der Rohstoffpreise von Welthandels-
gütern geben einige Indizes einen gewissen Anhalt. Die meisten dieser Indices sind allerdings stark national gebunden, so der am meisten beachtete Index von Moody. Das gleiche gilt für die ebenfalls für USA. berechneten Rohstoffpreis-Indices des Journal of Commerce und von Dow Jones (Wall-Street Journal) sowie auch für Reuter's Index (Großbritannien).

Diese Indizes beruhen nicht nur jeweils auf den Notierungen in einem Lande, sie sind auch „national“ gewogen. Die einzige Indexziffer, die die Notierungen an den Welthandelsplätzen verschiedener Länder umfaßt, ist die des früheren Statistischen Reichsamts, die heute von privater Seite fortgeführt wird.

Wir müssen uns noch einmal ins Gedächtnis zurückerufen, daß die Nachkriegsspitze der Rohstoffpreise im Verlauf der post-war-prosperity Ende 1947 zu ver-